

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 60 38/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Ludwig Stiegler MdB
zur Notwendigkeit einer
neuen politischen Kul-
tur: Lernen, die Kon-
flikte friedlich zu bewäl-
tigen.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB zur
Franke-Anweisung, die
AB-Maßnahmen in den
neuen Bundesländern
zu kürzen: Ein psy-
chologisch verheeren-
des Signal.

Seite 2

Wolfgang Hoderlein
MdL zu den Bonner
Entwürfen für eine
Telekom-Datenschutz-
Verordnung: Gefahr
der Aushöhlung des
Fernmeldegeheim-
nisses.

Seite 3

46. Jahrgang / 167

2. September 1991

Lernen, die Konflikte friedlich zu bewältigen Zur Notwendigkeit einer neuen politischen Kultur

Von Ludwig Stiegler MdB
Vorsitzender der Bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen
Bundestag

Kriege und Bürgerkriege bestimmen die Fernsehbilder des Jahres 1991. Der Krieg, der im Zeichen des atomaren Holocausts kein Mittel der Politik mehr zu sein schien, ist als Instrument der Politik zurückgekehrt. Die klinisch-rein zensierten Bilder vom Nahost-Krieg, die nachfolgende Waffenschau, der Wettstreit um den besten Beitrag, die gespenstischen Paraden für die "neuen Helden" in Amerika und Frankreich sowie der innenpolitische Streit darum, ob künftig auch die Bundeswehr in dieser neuen Waffenbrüderschaft mitmischen darf, zeigen an, daß wir mehr brauchen als den einmal im Jahr abzusetzenden moralischen Impuls des Antikriegstages, der aus den Leiden der Vergangenheit gestiftet worden ist und nicht zum bloßen Ritual verkommen darf, wenn er in die Zukunft weiterwirken soll.

Während viele aus Resignation vor den Bildern aus Jugoslawien aufgeben wollen, während manche zynisch geworden sind angesichts der Waffenmesse Nahost-Krieg, dürfen wir uns nicht davon abbringen lassen, den Krieg als Institution zu ächten. Mit der Verminderung der Gefahr des atomaren Krieges ist die Akzeptanz des begrenzten konventionellen Krieges wieder gewachsen. Die installierten Potentiale zur Waffenproduktion, deren Konversion einfacher gefordert als verwirklicht ist, verleiten immer wieder zur Permissivität bei der Kriegswaffenkontrolle. Die Schalck-Untersuchungsausschüsse werden uns wahrscheinlich noch die Augen übergehen lassen.

Die Turbulenzen in der atomwaffenüberladenen Sowjet-Union lehren uns erneut das Fürchten. Wird die Zahl der Atomkräfte mit der Verinselung der Republiken vervielfacht oder werden wir einen zentralen Partner für Abrüstung und Rüstungskontrolle behalten? Es wird Zeit, daß die KSZE diese Frage initiativ angeht, bevor es zu spät ist. Auf die Tagesordnung muß nun die Zuständigkeit der UNO für die weltweite Kontrolle und Bekämpfung der Waffenexporte. Gefunden und gestellt werden müssen diejenigen, die die Waffen für den Bürgerkrieg in Jugoslawien liefern. Warum fragt eigentlich keine der europäischen Mächte danach?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

verantwortlicher Umgang
mit stromlosen Kollapsarten
Recycling-Papier



Europa muß zumindest von atomaren Kurzstreckenwaffen befreit werden. Darauf haben alle nicht-atomaren Staaten in Europa einen Anspruch. Nach der politischen Wende in Osteuropa müssen mehr denn je auch kritische Fragen in Richtung Frankreich und England gestellt werden. Der deutsche Bundeshaushalt muß entwapfnet werden; die Rüstungskonversion muß gerade in Bayern, das die CSU zur deutschen Rüstungsschmiede fehlstrukturiert hat, energisch angepackt werden.

Die nicht sehr tief sitzende Gewaltbereitschaft der Völker, die im Falkland-Krieg genauso offenbar wurde wie in der Leichtigkeit, mit der Millionen sich über die Grausamkeiten des Irak-Krieges desinformieren ließen und die sich in Jugoslawien wieder einmal schrecklich deutlich zeigt, verlangt aber über Kriegswaffenkontrolle hinaus weit mehr von uns. Der Krieg muß aus der politischen Kultur als akzeptiertes Mittel der Politik herausgedrängt werden. Das verlangt die Entwicklung einer Kultur des politischen Streits, die Konflikte und Gegensätze bejaht, aber gewaltfreie Mittel zu deren Lösung und Überwindung bereitstellt.

Wir müssen weg von der Harmoniesucht, weg von der Verdrängung der Konflikte, die sich dann in Eruptionen gewaltsam Weg verschaffen oder manipulieren lassen. Wir müssen lernen, überall Ja zu sagen zum Konflikt. Es ist aber eine kulturpolitische Aufgabe erster Ordnung, zu lernen, sich in andere Lebenslagen hineinzuversetzen - Stichwort: Empathie - und Konflikte zu begrenzen und lösen zu lernen. Die Friedens- und Konfliktforschung ist auch und gerade nach dem Ost-West-Konflikt gefordert und mehr als je zuvor zu fördern. Statt Milliarden für den Jäger 90 brauchen wir viele Millionen für die Entwicklung und Vertiefung der Friedensforschung.

Hanne-Margret Birckenbach zitiert in ihrem Vorwort zu dem Bändchen "Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität" (Friedensanalysen 24, Edition Suhrkamp NF 617) den russischen Kinderbuchautor Marschak, der sechs- bis siebenjährige Kinder aufgefordert hat, nicht Krieg, sondern Frieden zu spielen. Die Kinder hätten Ja gesagt und sich länger beraten, bis dann ein Kind gefragt habe: "Väterchen, wie spielt man Frieden?" Diese Frage stellen aber nicht nur Kinder. Diese Frage klagt uns alle an.

(-/2. September 1991/rs/ks)

Ein psychologisch verheerendes Signal

Zur Franke-Anweisung, die AB-Maßnahmen in den neuen Bundesländern zu kürzen

Von Rudolf Dreßler MdB
AfA-Bundesvorsitzender

Mit Datum vom 26. August hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, alle Arbeitsverwaltungen in den neuen Ländern angewiesen, bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf die Bremse zu treten. Zuwächse bei den Anträgen sollen gesteuert werden, die Phase des quantitativen Ausbaus der AB-Maßnahmen wird praktisch für beendet erklärt und zudem soll auf Werbeaktionen für Arbeitsbeschaffung verzichtet werden, so heißt es jedenfalls sinngemäß in dem Sparerlaß.

Ich halte das für einen gesellschaftlichen Skandal sondergleichen. Kaum hat die Arbeitsbeschaffung in den neuen Ländern mit 260.000 Maßnahmen eine Größenordnung erreicht, durch die in nennenswertem Umfang der Arbeitsmarkt entlastet wird, tritt die Bundesanstalt auf Geheiß der Bundesregierung auf die Bremse. Möglich wären jedoch schon im laufenden Jahr nach Nürnberger Schätzungen über 400.000 AB-Maßnahmen.

Dies heißt: An die Arbeitsuchenden, die Träger von Arbeitsbeschaffung und an die Menschen in den neuen Ländern insgesamt geht die Botschaft, es reicht, wir haben genug auf den Weg gebracht, jetzt muß wegen der Konsolidierung des Haushaltes der Bundesanstalt gespart werden. Dieses Signal ist psychologisch und politisch verheerend. Es wirkt wie die Ankündigung einer großangelegten Kürzungsaktion und so ist es auch gemeint.

Denn längst hat sich im Bundeskanzleramt nach unseren Informationen eine Runde aus Regierungsexperten zusammengefunden, um die Arbeitsmarktpolitik in den neuen Ländern wie im alten Bundesgebiet auf den Prüfstand zu bringen. Vertreter des Kanzleramtes, des Bundeswirtschafts-, des Bundesfinanz- und des Bundesarbeitsministeriums haben am 27. August, also einen Tag nach Frankes Sparerlaß, bereits unter Leitung von sehr engen Kohl-Beratern überlegt, wie die Ausgaben für die arbeitsmarktpolitisch insgesamt verringert werden könne, um Haushaltsentlastung zu schaffen. Das Bundeswirtschaftsministerium denkt daran, zum Zwecke der Konsolidierung des BA-Haushaltes im alten Bundesgebiet alle Leistungen im Rahmen der Arbeitsförderung um einen oder mehrere Punkte abzusenken. Der gesamte Leistungskatalog soll dementsprechend abgesenkt werden.

Dem Bundesarbeitsminister ist zu wünschen, daß er einen steifen Rücken hat angesichts solcher Begehren aus Ressorts wie dem Bundeswirtschaftsministerium. Aber Skepsis ist angebracht, ob er das Stahvermögen aufbringt, sich durchzusetzen, wenn man seine politischen Einbrüche in der Vergangenheit in Erinnerung ruft.

Ausgerechnet die Arbeitsmarktpolitik soll aus Gründen der Haushaltskonsolidierung auf den Prüfstand. Die Arbeitsmarktpolitik ist doch bei genauerem Hinsehen das einzige Feld der Bundespolitik in den neuen Ländern, das sichtbare Erfolge vorweisen kann. Wir müssen uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diesen Trend wehren. Wir fordern daher die Landesregierung und die sie tragenden wie oppositionellen Parteien in den neuen Ländern auf, der Bundesregierung bei Ihrem arbeitsmarktpolitischen Sparkurs zu widerstehen. Der Regierung versprechen wir im Bundestag einen heißen Herbst, wenn sie bei dem jetzt offenbar gewordenen Kurs bleibt. Die Arbeitsmarktpolitik ist zu wichtig für den Aufbau der neuen Länder, als daß sie kurzfristigen kontraproduktiven Sparoperationen geopfert werden darf.

(-/2. September 1991/rs/ks)

Gefahr der Aushöhlung des Fernmeldegeheimnisses Zu den Bonner Entwürfen für eine Telekom-Datenschutz-Verordnung

Von Wolfgang Hoderlein MdL

Die Entwürfe der Bundesregierung für eine Telekom-Datenschutz-Verordnung (TDSV) und eine Teledienstunternehmen-Datenschutzverordnung ((UDSV), die den Datenschutz im neuen ISDN-Netz (ISDN 0 Integrated System Digital Network = Integriertes Digitales Netzsystem) sichern sollen, lassen eine Aushöhlung des Grundrechts auf das Fernmeldegeheimnis befürchten. Sie sehen nämlich vor, daß die Kommunikationsdaten erst nach dem Versand der Fernmelderechnung gelöscht oder verkürzt um die letzten drei Ziffern der Zielrufnummer zu Beweis Zwecken bis zu 80 Tagen nach Rechnungsversand gespeichert werden. Damit wird dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet. Mit einem Parlamentsantrag will die SPD erreichen, daß die Bayerische Staatsregierung im Bundesrat eine Abänderung der Verordnungsentwürfe durchsetzt.

Nach unserer Meinung sollte die Zielnummer in der Regel nicht über das Verbindungsende hinaus gespeichert werden dürfen - allenfalls in Ausnahmefällen und längstens für einen Arbeitstag. Über diesen Zeitpunkt hinaus sollen auch nur die Ortsnetzkenncodes, nicht aber die Einzelverbindungsdaten im Nahbereich gespeichert werden. Ferner fordert unser Antrag, daß die Erstellung von "Kommunikationsprofilen" der Fernsprechteilnehmer gesetzlich und technisch ausgeschlossen sein muß. Soweit die Rufnummer des Anrufers an den Angerufenen übermittelt werden kann, müßten beide Teilnehmer die Möglichkeit haben, diese Anzeige entweder auf Dauer oder im Einzelfall "auf Knopfdruck" zu unterdrücken.

Dieser Antrag deckt sich mit den Forderungen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), des Deutschen Caritasverbandes und des Diakonischen Werkes der EKD. Diese Gremien hatten sich bereits im Februar an den Bundespostminister mit der Bitte gewandt, ihren Bedenken gegen die Verordnungsentwürfe Rechnung zu tragen. Geistliche, Berater, Ärzte, Anwälte, Jugendämter, Sozialämter und so weiter seien einem besonderen Berufsgeheimnis verpflichtet und nähmen auf der Grundlage einer vertraulichen Beratung und Seelsorge ihre Aufgaben wahr. Voraussetzung für diese Gespräche und Beratungen sei es, "daß weder die Tatsache noch der Inhalt oder die Umstände des Gesprächs in irgendeiner Weise festgehalten werden". Die vorliegenden Entwürfe seien nicht geeignet, "die Anonymität und Vertraulichkeit der Telefonkontakte Ratsuchender als wesentliches Merkmal der Tätigkeit telefonischer Seelsorge und Beratung sicherzustellen".

Ich hatte diesen Brief an den Postminister vor kurzem von dem Leiter der Bayreuther Telefonseelsorge mit der dringenden Bitte übermittelt bekommen, seinen Einfluß dahingehend geltend zu machen, "daß wenigstens bei den Beratungen im Bundesrat eine Nachbesserung erfolgt, die dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Vertraulichkeit des Telefonierens Rechnung trägt".

Die SPD auf Bundesebene hatte zwar gegenüber dem ersten Verordnungsentwurf vom Dezember 1990 erhebliche Verbesserungen erreichen können, ihre Forderungen nach einer ausschließlichen Summenzählung von Ortsgesprächen, der Beschränkung auf die Vorwahlkennziffer bei Ferngesprächen beziehungsweise die generelle Anonymisierung durch Weglassung mehrerer Endziffern und/oder Löschung der Zielnummer nach Berechnung in der Gebührenrechenzentrale wurden von der CDU/CSU jedoch abgelehnt.

Auch wenn ISDN-Anschlüsse zur Zeit noch sehr selten sind, muß nach Ansicht der bayerischen SPD-Landtagsfraktion rechtzeitig Vorsorge getroffen werden, damit der persönliche Datenschutz gewahrt bleibt. Wir hoffen, daß die christsozialen Parteien wenigstens die Bedenken der Kirchen ernst nehmen und sich über sie nicht in gleicher Weise hinwegsetzen wie über die Forderungen der SPD.

(-/2. September 1991/rs/ks)
